

Bürgerliste Neuhof
Fraktionsvorsitzender: Frank Vogel
In der Au 3
36119 Neuhof-Dorfborn



Bürgerstimme mit großer Wirkung.

Bürgerliste Neuhof • In der Au 3 • 36119 Neuhof-Dorfborn

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Jürgen Jordan
An der Gellenke 14
36119 Neuhof

06.06.2018

Resolution zur Abschaffung von Straßenbeiträgen

Sehr geehrter Herr Jürgen Jordan,

ich möchte Sie bitten, nachfolgenden Antrag in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung am 21.06.18 zu behandeln.

Gegenstand: Resolution zur Abschaffung von Straßenbeiträgen

Beschlussvorschlag: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Neuhof beschließt folgende Resolution, die der hessischen Landesregierung in Wiesbaden zuzustellen ist:

Die Schaffung und Erhaltung der Infrastruktur ist eine Aufgabe des Staates oder ihm assoziierter Organe, und somit eine Kernaufgabe einer jeden Kommune. Zur Infrastruktur gehören Straßen, Gehwege und Radwege. Deren guter Zustand erhöht die Attraktivität einer Kommune und kann somit der Landflucht entgegenwirken.

Die Investitionen in Straßen, Gehwege und Radwege bedeuten erhebliche finanzielle Belastungen für Kommunen und Bürger. Im §11 KAG in der Fassung vom 24.03.2013 ist vorgegeben, dass Kostenanteile eines relevanten Straßenausbaus von der Kommune an die Bürger weiterzugeben sind. Dies führt regelmäßig zu Ärger und Rechtsstreitigkeiten über deren Berechtigung und die Höhe der auf die Bürger umzulegenden Beiträge.

Den Kommunen entsteht ein erheblicher Verwaltungsaufwand. Diesem Aufwand stehen verhältnismäßig geringe Einnahmen gegenüber. Diese betragen lt. Hessischem Statistischem Landesamt etwa 65 Mio. € per anno.

Die Bundesländer Baden-Württemberg, Hamburg und Berlin haben die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bereits abgeschafft. Die Bundesländer Schleswig-Holstein und Bayern arbeiten an entsprechenden Gesetzesvorlagen.

Der Straßenbeitrag kann Existenzen ruinieren. Fünfstellige Beträge sind nicht unüblich. Die Art der Straße, die Grundstücksgröße und die Anliegerzahl entscheiden über die Höhe der Beiträge. Dies ist ungerecht und unsozial!

Der Hessische Landtag hat am 24.05.2018 mit dem „*Gesetz zur Aufhebung des Erhebungszwangs von Straßenbeiträgen und für mehr kommunale Selbstverwaltung*“ eine Änderung der Rechtslage beschlossen.

Dass die Landesregierung nun die Erhebung von Straßenbeiträgen als „kann“ und nicht als „muss“ geändert hat, geht der Gemeinde Neuhof nicht weit genug. Die mögliche Erhebung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen, die eine Beitragsgerechtigkeit herstellen soll, gleicht einem bürokratischen Monster, welches bislang nur von wenigen hessischen Kommunen genutzt wird. Dass das Land *„die unwirtschaftliche Erhebung wiederkehrender Beiträge nun auch noch subventionieren will“*, ist absurd.

Eine Stundung der Straßenbeiträge auf 20 Jahre ändert nichts an den Kosten. Zudem haben die Kommunen nicht die Aufgabe als Kreditinstitut zu agieren.

Die Gemeinde Neuhof spricht sich dafür aus, dass die Straßenbeiträge in Hessen abgeschafft werden. Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, für die entgangenen Straßenbeiträge, die bisher der Bürger geleistet hat, vollumfänglich Kompensation zu leisten. Diese Kompensation könnte über einen Sonderfond (Landesmittel) oder über den kommunalen Finanzausgleich abgewickelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Vogel
Fraktionsvorsitzender Bürgerliste Neuhof